

Warnstreiks im Weihnachtseinzelhandelsgeschäft?, EZB lässt Leitzins unverändert, Europäisches Lieferkettengesetz

Warnstreiks im Weihnachtseinzelhandelsgeschäft

Verdi-Chef Frank Werneke hat im Tarifstreit im Einzelhandel Streiks im Weihnachtsgeschäft angedroht. Verdi fordert unter anderem im Einzel- und Versandhandel 2,50 Euro mehr Stundenlohn, im Groß- und Außenhandel fordert die Gewerkschaft 13 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 400 Euro im Monat. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Die Arbeitgeber bieten Lohnsteigerungen von rund zehn Prozent über eine Laufzeit von zwei Jahren vor. Für den Einzelhandel ist das Weihnachtsgeschäft enorm wichtig. Der Handelsverband (HDE) berichtete am vergangenen Sonntag, dass fast 60 Prozent der Händlerinnen und Händler mit der Umsatzentwicklung in der zurückliegenden Woche unzufrieden seien. Der HDE rechnet im diesjährigen Weihnachtsgeschäft in den Monaten November und Dezember 2023 mit einem Gesamtumsatz von etwas mehr als 120 Milliarden Euro. ([Manager Magazin](#))

EZB lässt Leitzins unverändert

Zum zweiten Mal in Folge lässt die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen im Euroraum unverändert. Der Leitzins, zu dem sich Banken frisches Geld bei der Notenbank besorgen können, bleibt nach einer Entscheidung des EZB-Rates bei 4,5 Prozent, wie die Währungshüter mitteilten. Die Inflation im gesamten Währungsraum schwächte sich zuletzt überraschend deutlich ab. Allerdings sorgen die Sorgen um die Konjunktur. Viele

Volkswirte rechnen damit, dass auch die Euro-Währungshüter die Zinsen im kommenden Jahr (2024) senken werden. Auch die Teuerung im Euroraum schwächte sich zuletzt im November (2023) deutlich ab. Die Verbraucherpreise lagen nach Angaben des Statistikamtes Eurostat um 2,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, nach 2,9 Prozent im Oktober 2023. Dennoch schwächelt die Wirtschaft im Euroraum. Im dritten Quartal 2023 schrumpfte die Wirtschaftsleistung nach Angaben von Eurostat zum Vorquartal um 0,1 Prozent. Auch die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung von Bundesregierung und führenden Ökonomen im Gesamtjahr 2023 leicht schrumpfen. ([Spiegel Online](#))

Europäisches Lieferkettengesetz

Am frühen Donnerstagmorgen (14.12.2023) kam es nach Beginn der Trilog-Verhandlung in Straßburg zu einer wegweisenden Einigung zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Gesundheit. Delegierte des EU-Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich auf ein europäisches Lieferkettengesetz geeinigt. Dadurch sollen größere Firmen zu mehr Sorgfalt entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten verpflichtet und bei Missachtung mit Strafen in Höhe von bis zu fünf Prozent ihres weltweiten Nettoumsatzes sanktioniert werden. Außerdem müssen Unternehmen einen Plan verabschieden, der sicherstellt, dass Geschäftsmodell und Strategie mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar ist. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))